

Offener Regionalfonds für Südosteuropa: Energie, Verkehr und Klimaschutz

Kontext

Die Länder des westlichen Balkans streben die Mitgliedschaft in der EU an. Dies erfordert eine Harmonisierung der Rechtsvorschriften und der Politik in mehreren Sektoren, darunter Energie und Verkehr. Daher sind die Länder zur Erreichung der Energie- und Klimaziele der EU verpflichtet. Diese sehen eine Verringerung der CO₂-Emissionen um 40 %, einen Anteil der erneuerbaren Energien am Energieverbrauch von mindestens 32 % und Energieeinsparungen von mindestens 32 % bis 2030 vor.

Auf lokaler Ebene setzen Herausforderungen wie die sich beschleunigende Urbanisierung mit einer Gesamturbanisierungsrate von 58 % (Stand 2020) die bestehende Infrastruktur unter Druck und tragen zu negativen Auswirkungen auf das Klima bei. Die Städte in der Region sind daher mit Luftverschmutzung und Zersiedelung konfrontiert, was zu einer explosionsartigen Zunahme des Individualverkehrs sowie der Nutzung von fossilen Energieträgern (z. B. Kohle) zum Heizen führt. Darüber hinaus sieht sich die Bevölkerung mit Lärm, Verkehrsstaun und erhöhtem Flächenverbrauch konfrontiert.

Zwar haben einige Städte in der Region bereits Pläne für eine nachhaltige Energienutzung und eine nachhaltige städtische Mobilität aufgestellt, doch fehlt es noch an Kapazitäten für deren Umsetzung. Gleichzeitig fällt diesen kommunalen Akteuren jedoch eine zentrale Rolle bei der Erreichung der nationalen und regionalen Klimaziele sowie bei den Themen Stadtgestaltung, Klimaresilienz, Katastrophenvorsorge, Mobilität und Energie zu. Mehrere Institutionen und Initiativen (sowohl staatliche als auch nichtstaatliche) können zu erheblichen Verbesserungen in diesen Bereichen beitragen, darunter der Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie.

Unsere Herangehensweise

Das Projekt wird von der Europäischen Union und dem deutschen Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung kofinanziert. Das BMZ hat den ORF-EVK im Jahr 2020 in Auftrag gegeben und fördert dessen Umsetzung mit insgesamt 5 Millionen Euro. Unter dem Namen „EU4Energy Transition: Konvent der Bürgermeister in den westlichen Balkanstaaten und der Türkei“ kofinanziert die Europäische Union seit 2021 mit insgesamt 5 Millionen

Name	Offener Regionalfonds für Südosteuropa – Energie, Verkehr und Klimaschutz
Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ); kofinanziert von der Europäischen Union
Länder	Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo*, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien
Politischer Träger	Regionaler Kooperationsrat (RCC)
Laufzeit	1. August 2020 bis 31. Mai 2025
Auftragsvolumen	10 Millionen Euro

* Diese Benennung wird unbeschadet der Einstellung zum Status des Kosovo verwendet und steht im Einklang mit der Resolution 1244/1999 des UN-Sicherheitsrates und dem IGH-Gutachten zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo

Euro die Umsetzung des Fonds in den westlichen Balkanstaaten. Mit Hilfe der Kofinanzierung durch die EU sollen die Maßnahmen zur Unterstützung der Kommunen, die im Rahmen der weltweit tätigen Initiative „Konvent der Bürgermeister“ organisiert sind, bei der Entwicklung und Umsetzung von kommunalen Aktionsplänen für nachhaltige Energie und Klimaschutz ausgeweitet werden. Darüber hinaus fördert der ORF-EVK mit Mitteln der EU und des BMZ Multi-Level-Governance-Ansätze zu Klimaschutz, Energie und nachhaltiger urbaner Mobilität in den westlichen Balkanstaaten. In der Türkei wird das Projekt von der EU mit 3 Millionen Euro finanziert und von der litauischen Zentralen Projektmanagementagentur (CPMA) durchgeführt.

Das Projekt konzentriert sich auf den Aufbau von Kapazitäten für die Planung und Umsetzung von Dekarbonisierungsmaßnahmen in den Bereichen Energie, Klima und Verkehr, die in EU-konformen Strategien und Aktionsplänen empfohlen werden. In den Partnerländern verfolgt der ORF-EVK einen Mehrebenenansatz und arbeitet mit nationalen Institutionen (Energie-, Verkehrs- und Umweltministerien), den Parlamenten sowie mit Städten und Gemeinden sowie deren Verbänden zusammen. Die Zusammenarbeit wird auch durch bereits bestehende regionale Netzwerke gefördert. Dazu zählen beispielsweise die Energy



and Transport Community, das Netzwerk der Umwelt- und Energieministerien, kommunale Netzwerke wie den EU-Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie sowie das Netzwerk zivilgesellschaftlicher Organisationen, School of Political Studies.

Unsere Ziele

Das Ziel des ORF-EVK lautet: „Der Mehrwert der regionalen Zusammenarbeit für die Umsetzung von ausgewählten Energie- und Verkehrsmaßnahmen in den westlichen Balkanstaaten wird verbessert.“

Das Projekt konzentriert sich auf vier Handlungsfelder und will:

- die Grundlagen für konzertierte Aktionen zwischen nationalen und lokalen Institutionen in den Bereichen nachhaltige Energie, nachhaltige städtische Mobilität und Klimaschutz verbessern (Multi-Level-Governance);
- die regionale Zusammenarbeit zwischen den Kommunen bei der Umsetzung von Plänen für eine nachhaltige städtische Mobilität stärken (nur zwischen den WB6-Ländern);
- die Kapazitäten der Parlamentarier*innen im Hinblick darauf verbessern, wie sie die Umsetzung der Energie- und Verkehrsagenda der EU in der Region (nur WB6-Länder) am besten fördern können;
- die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen der Region bei der Entwicklung und Umsetzung von lokalen Plänen für nachhaltige Energieversorgung und Klimaschutz (SECAPs) verbessern.

Der ORF-EVK will die Grundlage für gemeinsame, aufeinander abgestimmte Maßnahmen der westlichen Balkanstaaten zur Dekarbonisierung des Energie- und Verkehrssektors auf nationaler Ebene stärken und durch die Einbindung der kommunalen Behörden eine stimmige Politikgestaltung auf verschiedenen Ebenen erreichen.

Zu diesem Zweck zielt das Projekt darauf ab, nationale Energie- und Klimapläne (NECP) sowie kommunale Aktionspläne für nachhaltige Energieversorgung und Klimaschutz (SECAP) sowie deren Umsetzung miteinander zu verknüpfen und als gemeinsames Ganzes zu betrachten.

Der Transfer bewährter Verfahren für die Umsetzung von nachhaltigen Mobilitätsplänen (SUMP) wird durch die regionale Zusammenarbeit zwischen ausgewählten Städten und Gemeinden gewährleistet. Dabei gilt es, die Grundprinzipien einer nachhaltigen städtischen Mobilitätsplanung zu berücksichtigen. Diese sehen beispielsweise einen inklusiven Ansatz für die Verkehrsträger, die Einbindung der Zivilgesellschaft, die Berücksichtigung der Interessen der Bürger*innen sowie die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Institutionen vor.

Die Parlamentarier*innen aus den westlichen Balkanstaaten werden dazu befähigt, die Energie-, Verkehrs- oder Klimaschutzziele der EU aus der Grünen

Agenda für den Westbalkan in ihrem Einflussbereich fachlich fundiert voranzutreiben. Zentraler Anknüpfungspunkt sind die so genannten informellen „Grünen Parlamentariergruppen“, die sich in den Parlamenten bereits gebildet haben bzw. die ins Leben gerufen werden sollen und die parteiübergreifend agieren. Bei diesen Maßnahmen fungieren die Organisationen der Zivilgesellschaft und die Schools for Political Studies in den westlichen Balkanländern als Vermittler.

Ergebnisse

Das Vorhaben baut auf den Ergebnissen der Vorgängerfonds auf, insbesondere dem implementierten Offenen Regionalfonds für Südosteuropa – Energieeffizienz. Nachdem verschiedene regionale Netzwerke etabliert wurden, konzentriert sich der Fonds derzeit auf die Umsetzung von relevanten Maßnahmen, die für den EU-Annäherungsprozess wichtig sind.

Kontakt: Felicitas Siek

Felicitas.Siek@giz.de

Facebook: @EnergyClimateWesternBalkans

X / Twitter: @EnergyClimateWB

Das Projekt konzentriert sich bei der Umsetzung seiner Maßnahmen auf die folgenden Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs):



Herausgeber Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Sitz Bonn und Eschborn, Deutschland
Offener Regionalfonds für Südosteuropa
Energie, Verkehr und Klimaschutz GIZ-Büro Sarajevo
Zmaja od Bosne 7-7a/ Importane Centar 03/IV
Tel. +387 (0)33 957 500
Fax +387 (0)33 957 501
GIZ-BosnienHerzegowina@giz.de
<https://www.giz.de/en/worldwide/31746.html>

Stand: 02/2024

Bildnachweis: © GIZ

Die GIZ ist für den Inhalt dieser Publikation verantwortlich. Diese Publikation wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union und des deutschen Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erstellt. Der Inhalt liegt in der alleinigen Verantwortung der GIZ und spiegelt nicht unbedingt die Meinung der EU oder des BMZ wider.

Im Auftrag von Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der Europäischen Union